

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	13
Einführung	17
1. Teil: Fair trial als fundamentaler Grundsatz des deutschen Strafverfahrensrechts	21
1. Kapitel: Die Entstehung des Rechts auf ein faires Verfahren	21
A. Fair trial als fundamentaler Grundsatz des englischen Strafverfahrensrechts	22
I. Fair trial im Rahmen des common law	22
II. section 78 PACE 1984	23
III. Der Einfluss von EMRK und EGMR	24
B. Fair trial in der EMRK und die Rechtsprechung des EGMR	25
I. Fair trial in der EMRK und anderen internationalen Verträgen	25
II. Die Rechtsprechung des EGMR	27
2. Kapitel: Fair trial im deutschen Strafverfahrensrecht	30
A. Die Geltung des Fair-trial-Prinzips im deutschen Strafverfahrensrecht	31
B. Die beweisrechtliche Reichweite des Fair-trial-Prinzips im deutschen Strafverfahrensrecht	32
I. Die deutsche höchstrichterliche Rechtsprechung zum Fair- trial-Grundsatz	32
II. Das Schrifttum	36

3. Kapitel: Nemo tenetur als bedeutender Teil des Rechts auf ein faïres Verfahren	38
A. Die Entwicklung des Nemo-tenetur-Prinzips	39
I. Das Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten	39
II. Die Zeugnisverweigerungsrechte	40
III. Das Auskunftsverweigerungsrecht des Zeugen	42
B. Nemo tenetur im deutschen Strafverfahrensrecht	43
C. Nemo tenetur als Bestandteil des Rechts auf ein faïres Verfahren	44
2. Teil: Fair trial als Grundlage einer neuen Beweisverbotslehre	47
1. Kapitel: Die staatliche Pflicht zur Wahrheitserforschung	47
A. Der Untersuchungsgrundsatz nach § 244 Abs. 2 StPO	47
B. Das Prinzip der freien richterlichen Beweiswûrdigung nach § 261 StPO	49
2. Kapitel: Die Lehre(n) von den Beweisverboten	49
A. Die Entwicklung der Lehre von den Beweisverboten	50
B. Die Beweiserhebungsverbote	51
C. Die Beweisverwertungsverbote	52
I. Die Funktion der Beweisverwertungsverbote	53
II. Die Ermittlung von Beweisverwertungsverboten	53
1. Die Rechtskreistheorie	55
a) Die Rechtsprechung des BGH	55
b) Die Kritik an der Rechtskreistheorie	57
2. Die Schutzzwecklehren	60
a) Wichtige Vertreter der Schutzzwecklehren	60
b) Die Kritik an den Schutzzwecklehren	63
3. Die Abwägungslehre	63
a) Wichtige Vertreter der Abwägungslehre	64
b) Die Kritik an der Abwägungslehre	66

3. Kapitel: Fair trial als Grundlage der Entstehung von Beweisverwertungsverbotten	67
A. Zur grundsätzlichen Bedeutung des Fair-trial-Grundsatzes	67
B. Die Beweisverbote als Ausprägung des Fair-trial-Grundsatzes	68
C. Folgerungen für die Beweisverbote	70
D. Zu den bisherigen Ansätzen zur Entstehung von Beweisverwertungsverbotten	71
I. Bewertung der Rechtskreistheorie	71
1. Die „natürliche Stufung“ von Verfahrensvorschriften	72
2. Die „wesentliche“ Berührung des Rechtskreises	73
3. Die Berücksichtigung von Beweisschwierigkeiten	73
II. Bewertung der Schutzzwecklehren	74
III. Bewertung der Abwägungslehre	75
E. Stattdessen: Am Fair-trial-Grundsatz orientierte Beweisverbotslehre	76
F. Ausnahmen	78
 3. Teil: Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO unter Beachtung von fair trial	 81
1. Kapitel: Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO	81
A. Die Berechtigung zur Auskunftsverweigerung	82
I. Der Zeuge im Strafverfahren	82
II. Abgrenzung des Auskunftsverweigerungsrechts zu anderen Schweigerechten	83
1. Das Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten	83
2. Die Zeugnisverweigerungsrechte	84
B. Der Sinn und die Notwendigkeit eines Auskunftsverweigerungsrechts	86
I. Die Pflicht des Zeugen zur wahrheitsgemäßen Aussage	86
II. Die Zwangsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden zur Aussageerzwingung	87
III. Die Konfliktlage des Zeugen	88
IV. Die Zuverlässigkeit und die Häufigkeit des Zeugenbeweises	91

C. Der Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts	92
D. Die Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts	93
E. Die Gefahr der Verfolgung	94
I. Bestehen der Verfolgungsgefahr	94
II. Zweifellos ausgeschlossene Gefahr	96
III. Strafklageverbrauch	96
1. Rechtskräftiges Urteil und Strafbefehl	97
2. Einstellung des Verfahrens	98
IV. Die Verfolgungsgefahr unter Beachtung des Rechts auf ein faires Verfahren	99
F. Die Glaubhaftmachung gemäß § 56 StPO	100
 2. Kapitel: Der Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 55 Abs. 2 StPO	 101
A. Die Belehrungspflicht nach § 55 Abs. 2 StPO	102
I. Das „Wie“ der Belehrung	102
II. Das „Wann“ der Belehrung	102
B. Die Verwertbarkeit im Ausgangsverfahren gegen den Angeklagten	104
I. Die höchstrichterliche Rechtsprechung	104
1. Die Rechtsprechung vor der Rechtskreistheorie	104
2. Die Entscheidung des Großen Senats vom 21.01.1958 (BGHSt 11, 213)	106
II. Das Schrifttum	107
1. Die zustimmenden Ansichten	107
2. Die ablehnenden Ansichten	109
a) Die Kritik vor der Entscheidung des Großen Senats	109
b) Die Kritik nach der Entscheidung des Großen Senats	110
III. Der eigene Ansatz	113
1. Bewertung der Entscheidung des Großen Senats	113
2. Der Verstoß gegen § 55 Abs. 2 StPO unter Beachtung des Rechts auf ein faires Verfahren	114
C. Die Verwertbarkeit in einem Folgeverfahren gegen den Zeugen	115
I. Die obergerichtliche Rechtsprechung	115
1. Grundsätzliche Unverwertbarkeit	115

2. Die Widerspruchslösung	116
II. Das Schrifttum	118
III. Der eigene Ansatz	120
1. Die Verwertbarkeit der Aussage in einem Folgeverfahren	120
2. Die Widerspruchslösung	120
3. Kapitel: Die Einführung einer früheren Zeugenaussage in die Hauptverhandlung	121
A. Die Einführung von Bekundungen aus früheren Vernehmungen	122
I. Die Verlesung des Vernehmungsprotokolls	123
1. Verlesung bei Abwesenheit des Zeugen	124
2. Verlesung zur Behebung von Erinnerungslücken und bei Widersprüchen in den Aussagen des Zeugen	125
3. Verlesung von Geständnisprotokollen und bei Widersprüchen in den Aussagen des Angeklagten	125
4. Der formfreie Vorhalt	126
II. Die Vernehmung der Verhörsperson	126
1. Die Vernehmung einer polizeilichen oder staatsanwaltlichen Verhörsperson	127
2. Die Vernehmung einer richterlichen Verhörsperson	127
B. Die Verwertbarkeit im Ausgangsverfahren gegen den Angeklagten	129
I. Die höchstrichterliche Rechtsprechung	129
II. Das Schrifttum	131
III. Der eigene Ansatz	133
1. § 252 StPO als umfassendes Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbot	133
2. Zur Ausnahme richterliche Verhörsperson	134
3. Zur Anwendbarkeit von § 252 StPO auf § 55 StPO	135
a) Keine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren	135
b) Zur Differenzierung zwischen §§ 52 ff. StPO und § 55 StPO	136
c) Zum Schutz der Wahrheitsfindung	137
C. Die Verwertbarkeit in einem Folgeverfahren gegen den Zeugen	137
I. Die höchstrichterliche Rechtsprechung	138

Inhaltsverzeichnis

II. Das Schrifttum	139
III. Der eigene Ansatz	141
4. Teil: Anwendbarkeit auf andere Fallgruppen, Ausblick und Empfehlungen	145
1. Kapitel: Anwendbarkeit auf andere Fallgruppen	145
A. Die Nichtbelehrung über das Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten	145
B. Die Nichtbelehrung über das Recht zur Verteidigerkonsultation	146
C. Die Nichtbelehrung über ein Zeugnisverweigerungsrecht	146
D. Die Nichtbelehrung des Zeugen über die Wahrheitspflicht	147
E. Die Blutentnahme	148
F. Die Fernwirkung von Beweisverwertungsverböten	148
2. Kapitel: Ausblick und Empfehlungen an den Gesetzgeber	149
A. Ausblick	149
B. Empfehlungen an den Gesetzgeber	150
I. Zu § 55 StPO	151
II. Zu § 252 StPO	152
III. Zu § 254 StPO	152
IV. Allgemeine Empfehlungen zu den Beweisverwertungsverböten	153
Schlussbetrachtung	155
Anhang: Zusammenfassung in Thesen	159
Verzeichnis der verwendeten Literatur	161